

Im Gemeinderatssitzungssaale des Wiener Rathhauses fand heute die gemeinsame Beratung der Christlichsozialen Vereinigung und des Deutschen Rationalverbandes über die Fragen der Ernährung und der staatlichen Finanzen statt. Die Beratungen begannen um 10 Uhr vormittags und wurden nach einer Mittagspause bis halb 7 Uhr abends fortgesetzt.

Ueber den Beginn der Beratungen haben wir im Abendblatt berichtet.

Nach dem Referate des Abgeordneten Dr. Kreißler über Ernährungsfragen im Staat, Land und Gemeinde sprachen noch Abgeordneter Dr. Damm, Landesauschuß Stöckler und Bürgermeister Dr. Weiskirchner. An der Wechselfrede beteiligten sich die Abgeordneten Doktor Schreiner und Summer.

Der Beschluß über die Ernährungsfragen.

Folgende Entschliebung wurde einstimmig angenommen.

1. Die Zusammenfassung aller in Betracht kommenden Amtsgewalten in ein staatliches Ernährungsamt, welches die Anordnungen nicht nur auszuführen, sondern zu treffen berechtigt ist, wird nach wie vor als entscheidende Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der Volksernährung betrachtet. Das jüngst beim Ministerium des Innern errichtete Ernährungsamt entspricht dieser Forderung nicht.

2. Die beiden Reichshälften der Monarchie müssen sich endlich auf gemeinsame Richtlinien in der Ernährungspolitik vereinigen. Der Regierung obliegt es als erste Pflicht, von deren Erfüllung die höchsten Staatsinteressen abhängig sind, diese Aufgabe durchzusetzen.

3. Die Lage der Lebensmittelmärkte wird ein Durchhalten nur dann ermöglichen, wenn rasch und planvoll weitere Ersparungen beim Verbrauch der wichtigsten Nahrungsmittel angeordnet werden.

4. Die Entwicklung des Verteilungsverfahrens ist planlos und bedenklich. Das Durcheinander aller möglichen Organisationsgrundsätze muß abgestellt werden.

5. Ueberhaupt begegnet die Aufteilung der Lebensmittel in einzelne kleine Kopfsnoten täglich wachsenden, in kurzer Zeit vielleicht unlöslichen Schwierigkeiten. Der einzige Ausweg, von dem allerdings mit Sicherheit erwartet werden kann, daß er zum Erfolge führt, besteht in einer möglichst raschen Sozialisierung der Küchenwirtschaft. Jedoch hätten diese Kriegsküchen — wie übrigens auch die Gastgewerbe — nicht neben dem Bezirksartenssystem zu bestehen, sondern nach Möglichkeit an dessen Stelle zu treten.

6. Um die Stärkung der heimischen Lebensmittelvorräte durch Einführen aus dem Auslande auch für die Folge nach Möglichkeit zu sichern, hat die Regierung auf die Valutapolitik rasch und rücksichtslos in dem Sinne einzuwirken, daß die Einfuhr von Luxusartikeln ebenso verboten werde wie die heute noch freie Ausfuhr österreichischer Werte und daß durch eine allgemeine, selbstverständlich auch für die großen Geldorganisationen geltende Besonnenheitspflicht über den Besitz ausländischer Zahlungsmittel diese dem öffentlichen Interesse dienstbar gemacht werden.

Ferner wurde nach einem Antrage des Abg. Dr. Schreiner ein Beschluß gefaßt, der die Regierung dringend auffordert,

bei der Neuorganisation des Ernährungsamtes auch auf die Hebung der Erzeugung gebührende Rücksicht zu nehmen und in diesem Amte eine eigene Abteilung für die Hebung der Produktion zu bilden.